

# Sozialdemokraten in der DDR:

## „Das Anknüpfen an die deutsche sozialdemokratische Tradition“

Programmatischer Vortrag von Markus Meckel  
anlässlich der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR  
am 7. Oktober 1989 in Schwante (Kreis Oranienburg)



### Die gegenwärtige Herausforderung zur Parteigründung

Vorausgesetzt, wir einigen uns, so gründen wir heute die Sozialdemokratische Partei in der DDR.

Wir wollen damit ein Hoffnungszeichen setzen, in der Unruhe und Spannung dieser Tage ein Wochen. Es soll ein Zeichen sein des beginnenden Endes einer endmündigenden Herrschaft und das notwendigen Anlängs einer wirklich demokratischen deutschen Republik. Wir tun dies an dem Tag, an dem die DDR 40 Jahre alt wird. Doch sehen wir keinen Grund zum feiern. Die Situation in unserem Land ist bedrohlicher denn je. Die Politik der SED hat das Land in eine schwere Krise geführt, eine Krise, die offenbar, was in diesem Land seit Jahrzehnten geschieht. Diese Politik plündert das Land aus und verschleudert seine Ressourcen. Wir leben von der Substanz und durch ständige Hypotheken auf die Zukunft. Täglich verlassen viele zumeist junge Menschen die DDR.

Natur und Umwelt werden durch unverantwortliche Politik und schlechtes Wirtschaften in großem Ausmaß zerstört. Wir werden zum Müllplatz des Westens. Schwelgelei geht billig in den Westen — Güteressen bleiben zurück (Quaschwitz, Bez. Gera). Alles, was für Devisen zu bekommen sind, wird verkauft, selbst kulturelles Erbe.

Alle Städte verfallen und werden abgerissen. Es muß noch untersucht werden, wie viele denkmalgeschützte Gebäude und Anlagen im Krieg zerstört wurden und was danach verfiel. Wer etwas gegen all dies tun will erlaubt: Du bist nicht zuständig! Das geht dich nichts an. Wenn sie oder er dann den Verantwortlichen sucht: Es gibt ihn scheinbar nicht. Eine organisierte und scheinbar anonyme Verantwortungslosigkeit prägt das System.

Ein 40jähriger absoluter Wahrheits- und Machtanspruch der SED hat die Menschen ihrer Zukunft für die eigene Wirklichkeit beraubt. Sie haben eine lange Bevormundung und Entfremdung erfahren, die es verhindert, daß die meisten

Bürger dieses Landes eine Identität als DDR-Bürger entwickelt haben. Die Menschen verlieren weitgehend die politische Dimension als ein Teil ihres Lebens und wurden so eines Teiles ihrer selbst beraubt. Sie erfuhren sich nicht als Herren im eigenen Haus, sondern als Untertanen, als Befehls- und Weisungsempfänger. Normale soziale Rechte wie z. B. eine angemessene Berufsbildung und das Erhalten einer Wohnung oder die den Fähigkeiten angemessene Stellung und Verantwortung in Beruf und Gesellschaft — all das wurde unter der Hand zu einem Privileg, das zu verlieren man Angst hatte.

Dieses System der Angst war ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft. Und wirklich vorbei ist es noch nicht.

Die SED betrachtet bis heute Staat und Gesellschaft als ihren Besitz, den sie möglichst umfassend gestalten und formen will. Neben der Entmündigung der Bürger führt dies auch zu einem riesigen bürokratischen Apparat mit seinen Sicherheitskräften und zu der bekannten Unflexibilität in Gesellschaft und Wirtschaft. In den Ländern Osteuropas ist in den letzten Jahren vieles in Bewegung gekommen. Das hat auch in unserem Land Hoffnung geweckt, doch ist diese Hoffnung in den letzten Monaten bei vielen einer großen Enttäuschung und Perspektivlosigkeit gewichen, weil die SED keinerlei Bereitschaft zu wirklichen Reformen gezeigt hat. — Diese Politik der SED verhindert zunehmend selbst, was ihr erklärtes Ziel ist. Durch eine 40jährige Geschichte hat sie den Begriff des Sozialismus so sehr diskreditiert, daß er gegenüber vielen DDR-Bürgern kaum noch benutzbar ist als Beschreibung eigener Zielbestimmung. Dabei wollen wir genau das, was in der Vision des Sozialismus ausgesprochen ist: ein gerechtes und soziales Gemeinwesen.

Die Chancen des Aufbaus eines solchen Gemeinwesens in einer nichtkapitalistischen DDR scheitern jedoch bei längerer SED-Herrschaft immer mehr.

Deshalb wollen wir nicht warten, sondern tun, was wir selbst tun können.

Wir treten ein für eine völlige Neuorientierung

und Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft in der DDR.

Auch wir wollen einen Staat in antifaschistischer Tradition, wie er vor 40 Jahren proklamiert wurde. Doch wollen wir es grundsätzlicher. Wir sind Gegner jedes Totalitarismus — also auch des Stalinismus.

So ist gerade im Anknüpfen an die antifaschistische Tradition eine radikale Veränderung nicht nur gegenwärtiger Politik notwendig, sondern des Systems im Ganzen.

Was können wir für diese Veränderung tun?

Zuallererst müssen wir es neu lernen, uns selbst als politische Wesen zu verstehen, die Verantwortung für ihre Wirklichkeit tragen.

Das bedeutet, daß wir selbst sagen müssen, was wir wollen, welche Politik wir wollen und wie wir uns die Gestalt dieses Landes vorstellen.

Nötig ist die Erarbeitung einer politischen Alternative für dieses Land. Dazu bedarf es der klaren unverstellten Sicht auf das, was ist. Und dann ist es wichtig, darüber in einer öffentlichen Diskussion zu treten mit allen, die ebenfalls an der Zukunft dieses Landes interessiert sind.

Wir als ein verschwindend kleiner Teil dieser Gesellschaft können uns nicht anmaßen, dieses notwendige gesellschaftliche Gespräch organisieren zu können. Doch wir können es heraufbeschwören und haben es faktisch schon am 28. August getan, als wir die Initiative zu dieser Partei zum ersten Mal vorstellten. Wir fordern dieses Gespräch heraus und beteiligen uns an ihm auf allen möglichen Ebenen und in der Mitarbeit auf den verschiedenen Foren und Gesprächsebenen, die sich in den letzten Wochen gebildet haben. Dort müssen wir dann jeweils versuchen, das, was wir wollen, möglichst klar zu sagen, zur Diskussion zu stellen und in dieser zu bewahren. Für diese von uns angestrebte politische Perspektive suchen wir Verbündete und Mitstreiter. Alle Partei werden wir versuchen müssen, diese politische Perspektive miteinander möglichst klar und überzeugend auszuvermitteln und im gesellschaftlichen Gespräch wird sich der Deutschen zeigen, ob sie bei der Bevölkerung so überzeugend ist, daß sie mit der Unterstützung vieler zu einer Kraft wird.

## Warum eine sozialdemokratische Partei?

### Die Inhalte des Namens als Orientierung

Schon im Namen einer sozialdemokratischen Partei sind zwei grundlegende Kriterien für die Entwicklung, die wir wollen, ausgesprochen. Sie soll sozial und demokratisch sein!

Mit dem festen Zusammenhang beider Begriffe, ist die notwendige Zusammengehörigkeit von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten und den politischen und bürgerlichen Grund- und Partizipationsrechten ausgedrückt. Diese Menschenrechte sollen Leitlinien und Grundlagen unserer Politik sein und müssen gegen jede staatliche und wirtschaftliche Macht geschützt und durchgesetzt werden. Ob dies für diese Zielrichtung auch nach der Begriffsdeutung des demokratischen Sozialismus gebraucht. Zu unserer Zielbestimmung gehört als drittes Kriterium noch die ökologische Orientierung. Wir meinen aber, daß das nicht im Namen genannt werden muß, da ökologisches Wirtschaften künftig zur Überlebensbedingung jedes gesellschaftlichen Systems wird – auch jeder Diktatur.

Natürlich sind wir aber bei Überzeugung, daß ein demokratisches und soziales System mehr Chancen hat, eine wirklich ökologische Wirtschaft aufzubauen und so Zukunft zu sichern.

### Das Anknüpfen an die deutsche sozialdemokratische Tradition

Mit der Wahl dieses Namens stellen wir uns bewußt in eine alte Tradition.

Der Grundcharakter der deutschen Sozialdemokratie war von Anfang an das Eintreten für die Benachteiligten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozeß – und das waren zuerst die Arbeiter. Dabei war der Ansatz von vornherein nicht paternalistisch, sondern lag in der Verantwortung der Wirtschaft gegenüber der SPD zum Subjekt ihres eigenen Befreiungskampfes wurden.

Schon früh band die Sozialdemokratie die Verfolgung ihrer Ziele an demokratische Wege und Methoden, d. h. an Rechtsverfassung und -normen.

Sie war gegen Gewalt im gesellschaftlichen Kampf. Dies führte uns verbunden. Sie machte Veränderung der Gesellschaft in einem demokratischen Gemeinwesen vom Willen der Mehrheit abhängig und versuchte, diesen Mehrheitswillen zu formen und zu mobilisieren. So wurde sie zunehmend zu einer Volkspartei, welche die Gewaltschritte ablehnte und für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und die Gestaltung der Produktion eintrat, ebenso wie schon sehr früh für die Gleichberechtigung der Frauen.

Diese Tradition ist uns wichtig.

Nach der unter Druck stattgefundenen Vereinigung von SPD und KPD auf dem Gebiet der heutigen DDR wurde diese Tradition schnell verdrängt. Wir wollen sie wieder lebendig werden lassen – unter den für uns spezifischen Bedingungen in der DDR.

Deshalb haben wir die Absicht, heute diese Partei zu gründen.

Alle Fragen einer Rechtsnachfolge, z. B. in Bezug auf die in Berlin nie aufgelöste SPD, lassen wir heute unberücksichtigt, obwohl wir wissen, daß sie einmal auf uns zukommen werden.

Die Bestimmung unserer Programmatik ist ebenfalls von einem wichtigen, von marxistisch-leninistischen Parteien vertretenen Prinzip gekennzeichnet: dem Revisionismus.

Jede historische Situation erfordert die Überprüfung und mögliche Revision des Programms

aus dem jeweiligen Kontext und konkret auf ihn bezogen. Jeden Anspruch auf eine angebliche Einsicht in eine allgemein gültige Geschichtsmetaphysik und einen sich daraus ableitenden Wahlleitenspruch lehnen wir ab.

Wir haben die Hoffnung, daß die SPD in der DDR zu einer Volkspartei wird. Sie soll Bürgerinnen und Bürger aller sozialen Schichten ungeachtet ihrer Weltanschauung und ihres Glaubens vereinen mit dem Ziel einer ökologisch orientierten sozialen und demokratischen Entwicklung der DDR.

Wir laden alle SED-Mitglieder ein zu prüfen, ob diese Partei für sie ein Ort demokratischer Mitarbeit für dieses Ziel werden kann.

Wir wollen die Entwicklung dieses Landes aktiv mitgestalten und uns in ihm für die Verwirklichung dieser Ziele arbeiten.

Wir werden auch bereit sein, dafür Verantwortung zu übernehmen – in dem veroppelten Sinne, daß wir einsehen für das, was wir tun, und daß wir bereit sein müssen, einmal an demokratischer Machtausübung beteiligt zu sein.

### Das Sich-Hineinsetzen

#### In einen internationalen Kontext

Bei der Wahl dieses Namens für unsere Partei und unsere Partei sind wir uns in einen internationalen Kontext. Wir ordnen uns ein in die Reihe der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und verstehen die unter ihnen, die unseren Zielen am nächsten, als Verbündete.

Die Sozialistische Internationale steht für den Prozeß der Entspannung und Abrüstung, für eine Neuordnung der Weltwirtschaft zugunsten der Länder des Südens und die Begrenzung wirtschaftlicher Macht, für die Befriedigung der Grundbedürfnisse für alle als Kriterium von Entwicklung.

Wir wissen, daß das Gesagte nicht ausschließlich gilt.

Wir werden uns auch dort in kritischer Solidarität für die von uns bestimmten Ziele einsetzen.

Gleichzeitig wissen wir, daß es in Europa und weltweit viele ähnliche Kräfte gibt. Diese Verbündete betrachten können: Reformkräfte in Osteuropa, Grüne-Parteien in Westeuropa, Kirchen und viele andere Gruppierungen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der natürlichen Umwelt einsetzen, Befreiungsbewegungen und alle Kräfte in der sogenannten Dritten Welt, die sich für eine eigenständige, am wirklichen Bedarf der Bevölkerung orientierte Entwicklung ihrer Völker einsetzen.

Mit ihnen allen führen wir uns verbunden und sind wir solidarisch.

### Nächste Schritte Im Aufbau der Partei

● Wir müssen landesweite regionale Strukturen aufbauen, die den einzelnen Mitgliedern eine verbindliche Mitarbeit ermöglichen und durch die sie in fester Verbindung zur Gesamtpartei stehen.

● Die örtlichen Gruppen, die sich bilden; haben vorerst folgende Aufgaben:

- Der Aufbau einer eigenen verbindlichen Struktur (Wahl etc.),
- Orientierung unserer Ziele und Einbindung der Mitglieder in die Arbeit,
- Beteiligung an der programmatischen Arbeit je nach eigener Schwerpunktsetzung,
- eigene regionale und örtliche Schwerpunkte für die Arbeit vor Ort bestimmen Blindstellen

und Aktionsgemeinschaften mit anderen Gruppierungen vor Ort werden für die eigene Arbeit wichtig sein.

● politische Bildungsarbeit anbieten und nutzen. Gemeinsame Grundkategorien demokratischen Verhaltens lernen und einüben.

● Überzeugend, demokratisch, durchdacht und mutiger die Arbeit vor Ort führt, desto mehr wird sie die Chance haben, ihre Ziele umzusetzen.

● Wir werden Arbeitsgruppen bilden müssen zur Erarbeitung von Votoren zu programmatischen Konzeptionen und konkreten Handlungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen wie:

- Wirtschaft,
- Europäische Sicherheit und deutsche Frage,
- Recht,
- Kultur,
- Bildung.

### Zur Programmatik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR

#### Allgemeine Zielbestimmung und Methode

Am 20. Jahrestag der Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte während der Französischen Revolution, am 26. August 1989, haben wir zuerst unseren Aufruf öffentlich gemacht, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Dieser Aufruf enthielt die allgemeine Zielbestimmung einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie und in die Stichworten erste Leitlinien zur Programmatik, für deren Verwirklichung wir eine sozialdemokratische Partei gründen wollten.

Diese Stichworte geben die Richtung und Grundansagen an, die wir weiter bedenken und diskutieren, differenzieren und ergänzen müssen.

Der Folgenden will ich zu einigen zentralen Stichwörtern einige Ausführungen machen.

Wichtig aber ist: Die Ausarbeitung eines Programms in der angegebenen Richtung muß auf breiter Basis mit allen Mitgliedern der Partei und durch sie mitbestimmt erfolgen.

Zu einer Partei mit demokratischer Zielrichtung gehört grundlegend die innerparteiliche Demokratie. Da haben wir als DDR-Bürger noch keine Erfahrung und müssen wohl noch viel lernen. Doch die Zeit und Kraft dafür müssen wir uns nehmen! Hierin besteht eine erste und zentrale Aufgabe: die Bildung eines demokratischen Bewußtseins, das sich in der Sprache, in unserem Verhalten miteinander und zu Andersdenkenden zeigt.

#### Zu einer demokratischen Ordnung im Staat und Gesellschaft

Demokratie, das heißt die Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen an den Entscheidungsprozessen aufgrund gleicher Rechte und Pflichten, wird zu einer Grundbedingung unseres Gemeinwesens in der DDR werden müssen. Nur so wird eine breite Identifizierung der Menschen mit diesem Land möglich werden.

Voraussetzung jeder demokratischen Ordnung ist die möglichst klare Trennung von Staat und Gesellschaft, das heißt nicht nur von Staat und Kirche, sondern ebenfalls von Staat und Partei(en). Jeder hat das Recht, innerhalb des demokratischen Rechte in der Gesellschaft seine Interessen und seinen politischen Willen zu verfolgen und zur Geltung zu bringen und sich dafür mit anderen zusammenschließen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Vereine, Gewerkschaften, ökologische Bewegungen, Bürgerinitiativen, Parteien, Bildungseinrichtungen etc.

Pluralität der Interessen und Kräfte stärkt die Gesellschaft und macht sie mächtiger. Hier entwickeln und bilden sich politische Existenz und demokratische Haltung, das heißt die Zuverlässigkeit und Verantwortung für die eigenen Verhältnisse.

Politische Macht muß durch Mehrheitsfindung zustande kommen, der Öffentlichkeit durchsichtig sein, gesellschaftlich kontrolliert werden und abwählbar sein.

Die staatlichen Funktionsweisen sind: das frei gewählte gesetzgebende Parlament, die Regierung und eine unabhängige Justiz.

Strikto Gewaltenteilung dieser Funktionsweisen ist Voraussetzung der demokratischen Kontrolle staatlicher Macht.

Der Staat ist die demokratische Staat Rechtsstaat, das heißt er hat Recht zu setzen und zu schützen und ist ihm selbst verpflichtet und verantwortlich. Staatsgewalt ist so zum Schutz der Bürger und Bürgerinnen begrenzt. In allen Konflikten, auch in solchen mit der staatlichen Gewalt selbst, gibt es einen Rechtsweg, der zu garantieren ist. Dafür bedarf es der entsprechenden gesellschaftlich getragenen und kontrollierten Institutionen und unabhängigen Gerichte.

Über die Strukturen eines künftigen Staatesaufbaus und eine neue Verfassung wird dringend nachzudenken sein.

#### Aufgabe des Staates ist es

- die persönlichen, sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen,
- Institutionen der gewaltfreien Konfliktregelung und -begrenzung in der Gesellschaft zu schaffen (Rechtsweg),
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten,
- sich mit allen Kräften für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker, die Entlastung der Umwelt nach innen und außen und den Aufbau einer europäischen – und Weltfriedensordnung einzusetzen.

Allen Monopolisierungen in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, insofern sie die sozialen und politischen Rechte der Bürgerinnen beeinträchtigen und verkümmern. Wo sie nicht veränderbar sind – oder gar notwendig, wie im Falle des Gewaltmonopols des Staates – ist strengste demokratische Kontrolle notwendig. Alle Entscheidungen in Staat und Gesellschaft müssen so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig getroffen werden.

Dieses Prinzip wird eine relative Selbständigkeit der Regionen, Städte und Gemeinden zur Folge haben, sowohl in finanzieller, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Wie das in den verschiedenen Bereichen praktisch aussehen soll, muß in einem breiten öffentlichen Gespräch, an dem auch Experten beteiligt sein müssen, geklärt werden.

Demokratie ist nicht nur eine Frage von Strukturen. Sie ist eine Lebensform, in der Freiheit Wirklichkeit wird und die in allen Lebensbereichen zur Geltung kommen soll.

Demokratie soll unsere politische Kultur bestimmen und bedarf einer starken Öffentlichkeit. Die in der Demokratie verwirklichte Freiheit wird aber nur Bestand haben, wo Menschen solidarisch füreinander einstehen und auch der Schwache zu seinem Recht kommt, wo Men-

schen bereit und fähig sind, Verantwortung wahrzunehmen. Niemand darf in Staat und Gesellschaft von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen oder durch soziale, nationale und rassistische Schranken von ihr ferngehalten werden.

#### Wirtschaftsdemokratie in einer sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung

Mit diesem Abschnitt sind wir an einen Punkt gelangt, an dem wir noch am wenigsten Genuttes haben. Hier wird am intensivsten gearbeitet werden müssen, geht es doch in der Problemlösung um international die schwierigsten Aufgaben. Für den notwendigen Umbau unserer Wirtschaftsstrukturen gelten wieder die drei Leitbegriffe: ökologisch, sozial, demokratisch.

#### Markt und Staat

Unsere Wirtschaft muß wieder eine ökonomisch durchsichtige Wirtschaft werden. Sie soll wieder flexibler und effizienter werden durch den notwendigen Markt und entsprechenden Wettbewerb.

Der Marktmechanismus ist ein nicht durch Planung zu ersetzendes Mittel der Steuerung der Wirtschaft. Er muß in unserer Wirtschaft wieder zur Geltung kommen.

Der Markt reagiert aber nur auf einen Bedarf und produziert für ihn, wenn für diesen auch Kaufkraft da ist. So entsteht ein soziales Problem für alle, die an ökonomischen Reproduktionsprozeß nicht teilnehmen bzw. teilnehmen können.

Es entsteht die Aufgabe der sozialen Sicherung. Ebenensowenig ist der Markt fähig, ökologische Kriterien von sich her zu erfüllen, da die Natur oft erst langfristige und an anderer Stelle die Folgen menschlicher Eingriffe zeigt.

Es entsteht die Aufgabe der Erhaltung unserer natürlichen Lebensbedingungen für die kommenden Generationen.

Ein wichtiger Mittel ist eine Gesetzgebung, welche die Verbraucher halbar macht und ökologische Vorsorge- und Nachfolgekosten in das Marktgeschehen einbezieht.

Der Markt lebt vom Wettbewerb. Dieser muß erhalten, seine Untergrabung durch Machtpolitik und Verflechtung von Konzernen verhindert werden.

Dafür ist eine Kontrolle durch den Staat notwendig. Die Verbindung von Monopolen und wirtschaftlicher Machtkonzentration (wirksames Kartellgesetz, starke Unternehmensgesetzgebung).

Humane Ziele und nicht allein der Profit müssen wirtschaftliche Entwicklung lenken. Durch Gebote, Verbote, Grenzwerte etc. und gezielte Förderung bestimmter technologischer Entwicklungen und Produktionsformen ist die Wirtschaft so zu lenken, daß sie Mensch und Natur nicht bedroht.

Alle diese Aufgaben erfordern eine staatliche Rahmengesetzgebung nach sozialen und ökologischen Kriterien, die gleichzeitig ein wirksames prolifeorientiertes Wachstum verhindert.

Der Staat ist darüber hinaus verantwortlich für die Infrastruktur und die Gewährleistung notwendiger Gemeinschaftsgüter.

Finanz- und Kreditwesen bleiben eine Institution des Staates.

#### Gemeinliche Wirtschaftsformen und demokratische Kontrolle

Wir setzen uns ein für eine soziale Marktwirtschaft mit vielfältiger, gemischter Wirtschafts-

struktur und unterschiedlichen Eigentumsformen (zum Beispiel: Genossenschaften, Arbeitserbeteiligungen, Eigentum oder Beteiligung des Gesamtstaates, der Staato oder Gemeinden, private Eigentumsformen).

Wichtig ist nicht in erster Linie wer und wo der Eigentümer, das heißt der Entscheidungsträger ist, sondern daß effektiv gewirtschaftet wird und der entscheidende Reichtum allen zugute kommt durch entsprechende Umverteilung und Investitionen. Wir treten ein für Mitbestimmung, Kapitalbeteiligung und Selbstverwaltung als Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Eine Unternehmensvielfalt wird der Machtkonzentration entgegen. Neue Unternehmensformen, die die Demokratisierung der Wirtschaft fördern, müssen ausprobiert und gefördert werden.

Eine Produktionsvielfalt, die die Werte im Produktionsprozeß erarbeitet und der Gesellschaft, ist bei den Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des Wirtschaftslebens notwendig.

Dafür ist ein klares Mitbestimmungsrecht erforderlich. Gleichzeitig muß stärker nach ökonomisch wirksamen Formen gesucht werden, die Rechte und Interessen der Konsumenten zu stärken.

Freie und starke Gewerkschaften spielen sowohl für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens als für die soziale und rechtliche Absicherung der Arbeiter und die Solidarität zwischen ihnen eine wesentliche Rolle.

Zu ihrer Stärkung ist das Streikrecht notwendig.

#### Herausforderungen an die Energiepolitik in der DDR

Die Energieituation der DDR ist katastrophal. Obwohl wir kaum Energiequellen haben, sind wir im nationalen Vergleich mit der größten Energieprokonverbraucher. Der Braunkohleabbau zerstört die Landschaft und antwortet immer mehr Menschen. Der Ausbau der Kernenergie ist mit untragbaren Risiken für Mensch und Umwelt verbunden.

Folgende Maßnahmen halten wir für wichtig:

- Einsparung von Energie, besonders durch Wärmedämmung und die konsequente Beachtung von Prinzipien passiver und aktiver Solarnutzung im Bauwesen.
- Modernisierung der Energieerzeugung. Der Wirkungsgrad unserer Wärmekraftwerke liegt ca. ein Drittel unter dem internationalen Standard.
- Die teilweise Umstellung auf Erdgas zur kurzfristigen Verengung der Luftbelastung und zur Erhöhung des Wirkungsgrades.
- Ausbau von Kleinwasserkraftwerken, Laufwasserkraften und der Windenergieerzeugung.
- Biogasanlagen in größeren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben, in der Wasseraufbereitung und Abfallwirtschaft.
- Die Forschung braucht eine gebrauchtorientierte Perspektiveplanung für den Energiebedarf. Insbesondere für Solartechnik sind große Forschungsinvestitionen notwendig.
- Städte und Gemeinden müssen wichtige Entscheidungsgrößen in Energiefragen sein.

#### Umbau in der Landwirtschaft

Landwirtschaft und naturnahe Landschaftsgestaltung müssen wieder zusammenkommen. Großschalige industrielle Landwirtschaft mit schweren Maschinen sowie die intensiver Bearbeitung der Böden mit chemischen Düngern

und der Einsatz von Schädlingbekämpfungsmitteln tragen wesentlich zur Zerstörung unserer Umwelt bei und sind zudem wirtschaftlich unrentabel und wenig flexibel.

Die Landwirtschaft muß umstrukturiert werden hin

- zu gemischten Eigentumsformen und kleineren Einheiten (Genossenschaften, kleineren und mittlere private Betriebe),
- zu angepaßteren Kleintechnologien (energiesparend und bodengerechter),
- Abschaffung von Großprojekten der Massentierhaltung und Verringerung der Fleischproduktion;
- möglichst regionale Verflechtung von Erzeugung und Vermarktung von im Land gebrauchten Lebensmitteln,
- Förderung ökologischen Landbaus. Staatliche Stützungen, besonders in der Zeit des Umbaus.

#### Konsumgewohnheiten und Lebensstil

Jede Wirtschaft wird stark von den jeweiligen Konsum- und Lebensgewohnheiten einer Gesellschaft bestimmt. Gerade durch den Umbau der Wirtschaft auf eine Marktorientierung hin kann der Einfluß der Konsumenten auf die Wirtschaft größer werden.

Hier stehen wir in der Gemeinschaft vieler gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere der Kirchen, vor der Aufgabe, einen Bewußtseinswandel zu fördern, der Lebensqualität und -erhaltung nicht vorrangig an materiellem Konsum mißt, sondern in geistigen, kulturellen und solidarisches Werte.

Eine Veränderung von Konsumgewohnheiten und des Lebensstils wird eine soziale, demokratische und ökologische Entwicklung der Gesellschaft nicht unwesentlich fördern.

#### Soziale Sicherheit und Gleichberechtigung der Frau

Mit beiden Stichworten sind Sachverhalte angesprochen, in denen die DDR in ihrer bisherigen Entwicklung am meisten gelistet hat.

Trotzdem bleiben auch hier viele Probleme offen.

Sozialpolitik darf nicht nur auf materielle Versorgung sozial Schwacher zielen, sondern auf die Integration in die sozialen Lebensprozesse. Hier liegt viel im argen, genannt seien hier nur die Alten und die Behinderten. Andere Probleme, wie die der Alkoholiker, sind überhaupt noch nicht genügend im Blick - die Investitionen sind minimal und der Mitarbeiterbedarf groß.

Die Gleichberechtigung der Frauen ist in der sozialen Anerkennung und auch ökonomisch im internationalen Maßstab weit vorangechritten.

Doch kommt es sehr häufig zu Doppelbelastungen in Arbeit, Familie und Haushalt. Auf den höheren Ebenen in Staat und Gesellschaft sind Frauen unterrepräsentiert.

Eine Neubewertung der Gestaltung und Verteilung von Arbeit ist erforderlich, um Frauen und Männern mit ihren spezifischen Fähigkeiten gleichberechtigt Geltung zu verschaffen.

Hier liegen weitreichende kulturelle und gesellschaftliche Aufgaben, denen wir uns klarer stellen müssen.

#### Zur Außenpolitik:

##### Internationale Politik:

Wir setzen uns für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker ein, für Abstritung auf allen Ebenen und wollen uns im eigenen Land für entsprechende Schritte einsetzen.

An der Seite der Entwicklungsländer treten wir für eine grundlegende Neuordnung der Weltwirtschaft ein, um zu gerechten Handelsbedingungen zwischen den Völkern zu kommen.

Wir treten für die Stärkung der UNO und den Eintritt der DDR in alle internationalen Organisationen ein, die diesen Zielen dienen (z. B. Ratsrat-Finanz). Die DDR selbst sollte mit den am wenigsten entwickelten Ländern einen erweiterten und gerechten Handel führen, orientiert an deren Bedürfnissen und Zielen einer eigenständigen Entwicklung.

Ein wichtiges Anliegen der Außenpolitik muß die Förderung der Menschenrechte sein. In diesen Fragen sollte sich die DDR auch diplomatisch exponieren. Um dabei glaubwürdig zu sein, bedeutet es einen Verzicht auf jede Form auswählender Menschenrechtspolitik, d. h. auf jegliche Interessen- oder ordnungspolitische Instrumentalisierung der Menschenrechte.

Wir treten ein für die Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte. Solidarität mit den entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten sollte Prinzip unserer Außenpolitik sein.

#### Europa

Wir treten für eine intensive Weiterführung des KSZE-Prozesses ein und sehen darin wichtige Schritte auf dem Weg zur gesamtdeutschen Friedensordnung, die wir anstreben. In dieser werden Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sein. Darauf wollen wir hinarbeiten.

Wir unterstützen die Veränderungen in den anderen Staaten Ost- und Mitteleuropas und wollen mit den Kräften der Veränderung dort in einen intensiven Kontakt und Erfahrungsaustausch eintreten. Wo wir uns gegenseitig helfen können, müssen wir es tun!

Große Befürchtungen hegen wir angesichts des für 1992/93 vorbereiteten (West-)Europäischen Binnenmarkt. Wir sehen eine Entwicklung zur Konzentration wirtschaftlicher Macht und nicht die notwendigen europäischen Institutionen, die sie realiter begrenzen würden. Wir befürchten, mit anderen Ländern zum bloßen Hinterhof Westeuropas degradiert zu werden. Wir hoffen, in Zukunft mit der Unterstützung verbündeter Kräfte in Westeuropa den Spielraum eigenständiger Entwicklung uns erhalten zu können, den wir dringend brauchen.

Unsere Verbündeten sind die, die auch in den westlichen Ländern solche Veränderungen anstreben, die unseren Zielen entsprechen. Veränderungen dort hin zu einer wirklichen Demokratisierung der Wirtschaftsprozesse würden auch uns größere Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

#### Die Deutsche Frage

Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vorgangene unseres Volkes. Damit sind künftige Optionen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung nicht ausgeschlossen, doch können sie jetzt nicht handlungsorientierte politische Ziele sein.

Mit der Bundesrepublik Deutschland verbinden wir eine gemeinsame Geschichte, Kultur und die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Nation. Dazu kommen millionenfach verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen. Doch eine fast 45jährige Nachkriegsgeschichte, die die beiden deutschen Staaten in feindliche Bündnisse einbezogen hat und in ihnen zu recht unterschiedlichen

Entwicklungen geführt hat, eingebettet in eine ganz bestimmte europäische Konstellation - das läßt sich nicht einfach alles wegweisen. Die Roda von Wiedervereinigung ist da äußerst unproduktiv und Im Grunde rückwärtsgerichtet, denn eine Wiedervereinigung wird es nun bestimmt nicht geben können. Wir wollen das freie Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung der DDR. Wir wollen offene Grenzen mit visafreiem Verkehr zur Bundesrepublik und die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die Bundesrepublik.

Nach dem letzten Weltkrieg sind fast 50 Jahre vergangen. Wir sollten Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den ehemaligen Siegermächten anstreben, um zu einem Friedensvertrag zu kommen. Dieser stelle die dringend anstehende volle Souveränität der beiden deutschen Staaten her und sollte auch zur Anerkennung Westberlins als Teil der Bundesrepublik führen. Dafür treten wir jedenfalls ein. Ein wichtiges Ergebnis müßte der Rückzug der alliierten Truppen und besonders der beiden Großmächte aus beiden deutschen Staaten sein. Das erfordert gleichzeitig weitreichende abrüstungspolitische Rahmenbedingungen und brächte den friedenspolitischen Prozeß in Europa ein gut Stück voran.

#### Schlußbemerkungen

Wir wissen: Mächtige Gegenkräfte stehen gegen das, was wir vorhaben.

In unserem Lande ist es nicht nur die SED und der von ihr noch beherrschte Staatsapparat, wenn ich einmal einen demokratischen Staat der DDR voraussetze, so werden wir stößig sein, die einfach nur eine Wiedervereinigung als Angliederung an die Bundesrepublik wollen. Jenseits unserer Grenzen werden die sich gegen uns wenden - die den Versuch einer Alternative zum kapitalistischen System mit dem Scheitern des realsozialistischen Modells für grundsätzlich gescheitert ansehen wollen, als gäbe es keine andere Alternative - eben weil sie keine wollen. Und so werden sie gegen uns arbeiten.

Deshalb suchen wir in West und Ost nach Verbündeten, die uns helfen, den Raum für diesen Versuch zu haben, ökonomisch und auch politisch.

Wir rufen und bitten alle, die sich mit diesem Versuch identifizieren können oder ihn jedenfalls für ein sinnvolles Experiment halten, um Unterstützung und Solidarität. Beides werden wir dringend brauchen. Ebenso rufen wir alle ehemaligen DDR-Bürger auf, zu bedenken, ob die dann anders gearbete DDR für sie nicht doch noch oder wieder zu einer Heimat werden kann, in der sie leben wollen, um an diesem, wie wir glauben für uns - und vielleicht auch für Europa - wichtigen Experiment mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Zuletzt - und das heißt, an gewichtiger Stelle - rufen wir alle Bürger der DDR auf, zu prüfen, ob sie sich mit unseren Zielen identifizieren können und mit uns für sie arbeiten möchten. Wir laden alle dazu ein. Ohne eine breite Zustimmung und die engagierte Mitarbeit vieler werden wir sie nicht erreichen können.

Wer sich nicht mit unseren Zielen einverstanden erklären kann, bestimme seine eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.

Jeder, der daran mitarbeitet, ist Teil der Hoffnung für dieses Land!

# ERKLÄRUNG DER SDP ZUR DEUTSCHEN FRAGE

Die Sozialdemokraten in der DDR bekennen sich zur Einheit der Deutschen Nation.

Diese Einheit muß von den beiden deutschen Staaten gestaltet werden.

Dafür eröffnet sich jetzt die Chance, da wir nach 40 Jahren Diktatur die Möglichkeit der Selbstbestimmung erringen. Wir sind dabei, gleichberechtigte Partner bei dieser Gestaltung zu werden. Eine schnelle Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses an die BRD würde genau dies gefährden. Die Bevölkerung dieses Landes hätte unverantwortbare soziale und politische Lasten zu tragen.

Durch die derzeitige Ineffektivität unserer Wirtschaft und Infrastruktur würde ein großer Teil unserer Bevölkerung in die unteren sozialen Schichten der Wohlstandsgesellschaft absinken. Kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Rentner, Behinderte und Kranke hätten nicht absehbare Folgen zu tragen.

Die Gestaltung der deutschen Einheit ist nicht allein unsere Sache. Sie muß so geschehen, daß der Aufbau einer europäischen Friedensordnung nicht gefährdet, sondern gefördert wird.

Wir dürfen die Interessen unserer osteuropäischen Nachbarn nicht übergehen, die wie wir den Weg der Selbstbestimmung beschreiten. Sie sollen der endgültigen Anerkennung ihrer Grenzen und unserer Solidarität gewiß sein.

Wir wollen mit der Bundesrepublik Deutschland auf die ehemaligen Siegermächte zugehen, um einen Friedensvertrag auszuhandeln, der uns volle Souveränität gibt.

Wir denken, daß eine Konföderation der beiden deutschen Staaten eine schon bald mögliche Form ist, die Einheit der deutschen Nation zu gestalten.

Die notwendige wirtschaftliche Sanierung unseres Landes erfordert nicht eine schnelle Angliederung an die Bundesrepublik, wie viele glauben, sondern bedarf schnell der Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung. Diese kann dann - weil sie als legitim anerkannt wird - unsere Interessen bei Verhandlungen über wirtschaftliche Kooperation und Hilfe kraftvoll vertreten.

Deshalb sind baldige Wahlen zur höchsten Volksvertretung dringend erforderlich.

3. Dezember 1989

Der Vorstand der SDP

# Statut der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP)

Die am 7. Oktober dieses Jahres in Schwante (Kreis Oranienburg) gegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) hat ein Statut erarbeitet, das wir nachstehend dokumentieren.

## § 1

Die Partei führt den Namen Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

## Grundsätze:

### § 2

Die Sozialdemokratische Partei in der DDR vereinigt Menschen verschiedenster Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen, die sich den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie der Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen. Die SDP steht den Traditionen des demokratischen Sozialismus der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten nahe.

### § 3

Der Einsatz für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den beiden Menschenrechtskonventionen (1966) niedergelegt sind, gehört zu den vornehmsten Aufgaben und unauferbaren Prinzipien jedes Mitgliedes und der Partei als Ganzer.

### § 4

Die SDP versteht sich als demokratische Volkspartei, die für alle Schichten der Bevölkerung offen ist. Die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen auf allen Ebenen ist zu gewährleisten (Quotierung). Die Parteiarbeit beruht auf der von der Basis ausgehenden und alle Ebenen von dort her bestimmenden innerparteilichen Demokratie.

### § 5

In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie. Eine solche Demokratie erfordert die möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, das heißt u. a. eine Trennung von Staat und Parteien sowie Staat und Kirchen. Daher versteht sich die SDP ebenfalls als ein Teil der Gesellschaft und beansprucht nur insofern Gesellschaft und Staat nach ihren politischen Vorstellungen und Prinzipien gestalten zu können, als sie im demokratischen Wettstreit die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen, bzw. in freien Koalitionen mit anderen diese Vorstellungen zum Zuge bringen kann. Aus diesem Selbstverständnis heraus tritt sie ein für eine parlamentarische Demokratie mit Parteienpluralität. Die SDP bekennt sich zur Gewaltlosigkeit.

### § 6

Die Achtung der Würde, Eigenverantwortlichkeit und Freiheit des Menschen sowie seine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe in Staat und Gesellschaft sind die Grundbestimmungen der von uns angestrebten sozialen Demokratie.

### § 7

Der demokratische Rechtsstaat mit strikter Gewaltenteilung beruht auf den gleichen Rechten und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger. Auf dieser Grundlage ist es Aufgabe des Staates,

a) die persönlichen, sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;

b) den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten;

c) sich mit allen Kräften für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker, die innere und äußere Entmilitarisierung und den Aufbau einer europäischen- und Weltfriedensordnung einzusetzen.

### § 8

Aller Monopolisierung und Zentralisierung in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, wenn sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigt. Für die Wirtschaft besonders auch in Hinblick auf den staatlichen Sektor bedeutet dies bei unvermeidbaren Monopolen eine demokratische Kontrolle sowie Überprüfung der ökonomischen Effizienz und Umweltverträglichkeit zu sichern.

### § 9

Es wird eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt. Zielbestimmungen sind:

a) Undemokratische und unsoziale Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht sind zu verhindern.

b) Bewahrung der natürlichen Umwelt durch das Einbeziehen der ökologischen Kosten in das Marktgeschehen.

c) Diejenigen, welche die Werte schaffen, sind an den Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen (Mitbestimmung), des Produktivvermögens (Mitgeltum) und den Gewinnen zu beteiligen.

d) Die Rechte der Konsumenten sind zu stärken.

### § 10

Der Einsatz für unabhängige demokratische Gewerkschaften, Vereine und andere Organisationen (Frauen-, Kinderschutz-, Jugend-, Ausländer-, Rentner-, Umwelt- u. a.) sowie deren Rechte ist der SDP ein grundlegendes Anliegen.

## Strukturaufbau

### § 11

1. Vollversammlungen auf Ortsbene, Parteitage ab Kreisbene.
2. Bei größeren Orten wird empfohlen, sich zur konkreten Arbeit in verbindliche wohnsitzorientierte Gruppen zu untergliedern, deren Mitgliederzahl Gesprächsfähigkeit ermöglicht.
3. Delegierungsprinzip von der Basis stufenweise zu den höheren Gremien.
4. Repräsentative Delegation von Männern und Frauen.
5. Ein mögliches, noch zu erprobendes Modell:

a) Verbindliche wohnsitzorientierte Basisgruppen mit etwa 15 Mitgliedern.

b) Delegation zweier Vertreter, möglichst einer Frau und eines Mannes zur nächsthöheren Gruppe, die dann etwa 14 Personen umfaßt, diese Gruppe delegiert wiederum zwei Vertreter zur nächsten Leitungsebene und so fort.

c) Daraus ergeben sich die Kreis-, Bezirks- und je nach Mitgliederzahl notwendigen Zwischenebenen.

d) Auf DDR-Ebene entsteht dann der Landesparteirat mit 30 Mitgliedern.

e) Diese Leistungsgremien werden auf den Parteitage der jeweiligen Ebene durch weitere Kandidaten entsprechend der Mitgliederproportionalität ergänzt und gemeinsam zur Wahl gestellt (vgl. § 16).

## Mitgliedschaft

### § 12

Mitglied kann jeder werden, der sich den Grundsätzen dieses Statuts verpflichtet fühlt, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Staatsbürgerschaft etc., sofern er 16 Jahre alt ist (später 17) und sich sein Wohnsitz in der DDR befindet.

### § 13

Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt durch die Basisgruppe. Die Schiedskommission entscheidet auf Antrag in einem Parteiausschlußverfahren, ob ein Mitglied dem Statut in zentralen Punkten vorsätzlich widerspricht oder erheblich gegen die Grundrechte verstößt. Gegen das Urteil kann der Betroffene binnen vier Wochen Einspruch beim Parteirat erheben, der endgültig entscheidet.

## Wahlen

### § 14

Jede Basisgruppe wählt aus ihrer Mitte als ihre Leitung den 1. und 2. Sprecher, sowie den Kassenwart. Sie wählt außerdem Personen für weitere Ämter, Protokollant etc., sowie zwei Delegierte für die nächsthöhere Ebene.

### § 15

Die Wahl der beiden Delegierten geschieht auf jeder Ebene in geheimer Abstimmung. Jedes Mitglied besitzt aktives und passives Wahlrecht. Es entscheidet die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei nochmaliger Gleichheit der Stimmen entscheidet das Los. Zur vorzeitigen Abwahl eines Delegierten ist eine 1/3-Mehrheit notwendig.

### § 16

Die aus diesen Delegierten sich zusammensetzenden Leitungsgremien werden auf den jeweiligen Parteitag durch weitere Kandidaten entsprechend der Mitgliederproportionalität ergänzt und gemeinsam zur Wahl gestellt. Dabei muß je neu gewählten Rat aus jeder delegierenden Gruppe wenigstens ein Delegierter vertreten sein. Gewählt ist dann also

der Kandidat der delegierenden Gruppe, der die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte sowie unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit die Kandidaten mit den meisten Stimmen bis zur vom Parteitag bestimmten Vollzähligkeit der Leitungsgruppe.

### § 17

Hat jemand ein Parteiamt 8 Jahre inne, kann er nur noch auf 1/2-Mehrheit für dieses Amt wiedergewählt werden.

### § 18

Bei Übernahme eines Mandates oder Staatsamtes sind alle Parteifunktionen niederzulegen und ruht das passive Wahlrecht.

## Anhang zum Statut

### Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogramms

A) Zur Ordnung von Staat und Gesellschaft:

1. Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung.
2. Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität.
3. Eine den UN-Menschenrechten entsprechende nationale Gesetzgebung.
4. Soziale Gerechtigkeit und Sicherung einer Mindestexistenz.
5. Trennung von Staat und Gesellschaft, insbesondere von Staat und Partei sowie Staat und Kirche.
6. Gewissens-, Religions-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit mit Verhinderung von Pressekonzentration.
7. Freie Medien öffentlichen Rechts.
8. Relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Städte und Gemeinden.
9. Dezentralisierung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens.
10. Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht.
11. Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften sowie gleichberechtigte Privatwirtschaft.
12. Recht auf freie Gewerkschaften und Streikrecht.
13. Betriebliche Mitbestimmung.
14. Gleichberechtigung und geschlechtsspezifische Förderung von Frau und Mann.

## ERKLÄRUNG DER MITGLIEDSCHAFT

Ich erkläre meine Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Statutes der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP).  
Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP).

Name und Adresse:

Datum und Unterschrift:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Lauf Beschuß vom 7. Oktober 1980 beträgt der Mitgliedsbeitrag mindestens 1% des Netto-Einkommens. Mein Netto-Einkommen beträgt monatlich \_\_\_\_\_ Mark. Ich bin bereit, monatlich \_\_\_\_\_ Mark als Beitrag zu zahlen.

Datum

Unterschrift



15. Die Verbesserung der Lage der Kinder (Kindeswohl) muß zu einem übergeordneten Entscheidungsfaktor auf allen Ebenen werden.
  16. Schutz der Privatsphäre, Datenschutz.
  17. Entmilitarisierung der Gesellschaft und radikale Schritte zur Abrüstung.
  18. Reisefreiheit und Auswanderungsrecht für alle Bürger inklusive das Recht auf Rückkehr.
  19. Asylrecht für politische Flüchtlinge.
  20. Aktiver Widerstand gegen undemokratische, nationalistische, rassistische und neofaschistische Tendenzen.
- B) Zur Außenpolitik:**
1. Stärkung internationaler Institutionen und Rechtsordnungen.
  2. Mitarbeit an einer europäischen und Weltfriedensordnung, in der die Militärbündnisse überflüssig werden.
  3. Anerkennung der derzeitigen Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
  4. Besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung, insbesondere für den Frieden in Europa.
  5. Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern, sowie nationalen Minderheiten.
  6. Mithilfe bei der Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung.

An die  
Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP)

---

---

( )